



Geschäftsstelle Berlin
Der Vorstand

www.UOKG.de
Mail: info@uokg.de

Vorsitzender: Horst Schüler
Ehrenvorsitzender: Gerhard Finn
Stellvertretende Vorsitzende:
Harald Strunz, Angelika Barbe

Bundesgeschäftsstelle:
Genslerstraße 66, Raum 315
D-13055 Berlin-Hohenschönhausen
Telefon/Fax (030) 986082468
Geschäftszeiten:
Dienstag 10.00 - 15.00 Uhr

Berlin, 09. März 2005 10:30 Uhr

Presseerklärung der UOKG

zum Freispruch des früheren Sozialdemokraten Wolfgang Rüdiger Schirner wg. Verletzung der Bannmeile um das Berliner Abgeordnetenhaus ff.

Die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, in der sich 32 Vereine und Interessengruppen von verfolgten Menschen in der DDR und der SBZ zusammengefunden haben, trat Herrn Wolfgang Rüdiger Schirner in dieser schweren Zeit solidarisch zur Seite.

Gleichzeitig protestieren auch wir, so wie er, gegen die Verharmlosung von Allianzen mit der SED-Nachfolgepartei PDS und fordern, daß endlich alle Repräsentanten dieser Partei für die von ihnen damals verursachten oder befürworteten Menschenrechtsverletzungen moralisch und juristisch zur Verantwortung gezogen werden.

Im Januar 2002 fanden sich, spontan und unorganisiert, viele kommunistisch Verfolgte vor dem Abgeordnetenhaus ein, um dort empört in persönlichen Einzelaktionen gegen die erneute Machtergreifung der PDS in Berlin zu protestieren.

Bei zwei ehemaligen politischen Häftlingen der DDR kam es zu einer Zuführung. Sie hatten sich nicht schnell genug aus der Bannmeile entfernt. Nach polizeilich handgreiflichen Abdrängungsversuchen hatte daraufhin der ehemalige Sozialdemokrat Schirner mit seinem hastig gemalten Schild („Verräter=Strieder und Genossen!“) in Panik wild herumgerudert und dabei mehrmals einen Polizisten getroffen.

Wir bedauern seine Überreaktion, denn wir mißbilligen jede gewalttätige Handlung. Der Häftling leidet allerdings unter einem posttraumatischen Belastungssyndrom (PTS) und ist deshalb in Behandlung. Frühere schlimme DDR-Erfahrungen kommen so in einer ähnlichen Situation wieder hoch. Unwillkürlich wird DDR-Polizeivorgehen irrtümlich auf heutige Polizeiaktionen projiziert: Angst entsteht, Panik bricht aus.

Der ehemalige Sonderschullehrer Schirner war 1961 in der DDR zu 3 Jahren Haft im Kupferbergbau verurteilt worden, wegen "Kontakten zu einer verbrecherischen Organisation" - dem Ostbüro der SPD. Daher traf ihn persönlich der "Verrat" seiner Partei besonders hart und rief alte traumatische Erinnerungen wach.

Wolfgang Rüdiger Schirner hatte gegen seinen ursprünglichen Strafbefehl von 8 Monaten Haft auf Bewährung Widerspruch eingelegt. Obwohl er seit 1998 im Berliner Zentrum für Folteropfer betreut wird, mußte er sich kürzlich in den Bonhoeffer-Kliniken auf richterlichen Wunsch erneut einem Gesundheitsgutachten stellen. Auch darin wurde seine, durch die politische Verfolgung in der DDR hervorgerufene, posttraumatische Belastungsstörung durch Prof. Werner Platz bestätigt.

Das Gericht schloß sich dieser Einschätzung an. Obwohl er Widerstand gegen die Staatsgewalt ausgeübt habe, sei der Angeklagte wegen seines DDR-Traumas nicht schuldfähig. Der Staatsanwalt selbst beantragte Rüdiger Schirners Freispruch zu Lasten der Staatskasse.

Für den Vorstand:
gez. Horst Schüler (Vorsitzender der UOKG)